



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag •

## Die politische Lage in Deutschland Außenpolitische Herausforderungen Gute Verfassung der deutschen Wirtschaft weiter stärken

Vor 70 Jahren, am 27. Januar 1945, befreiten Einheiten der Roten Armee die letzten überlebenden Insassen des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslages in Auschwitz. Schreckliche Bilder haben sich den Soldaten geboten, unvorstellbare Schicksale sind ihnen und der Welt offenbar geworden. Wir vergessen diese Opfer nicht und haben deswegen seit 1996 den 27. Januar zu unserem nationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus ernannt. Bundespräsident Joachim Gauck hat aus diesem Anlass in dieser Woche im Deutschen Bundestag die deutsche Verantwortung mit dem bis heute andauernden Leid der Opfer verknüpft. Eindrücklich hat der Bundespräsident darauf hingewiesen, dass die Erinnerung an den Holocaust eine Sache aller Bürger bleibt, die in Deutschland leben. Unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, ist 1949 im Angesicht und in Anerkennung der historischen Schuld begründet worden. Eine Auseinandersetzung mit diesem Vermächtnis gehört für uns, wie die Solidarität mit dem Staat Israel, zur deutschen Staatsraison. Es geht um mehr als die Erinnerung an die Verbrechen, die in deutschem Namen begangen worden sind: Wir alle sind aufgerufen, für Frieden und Völkerverständigung und gegen Hass und Gewalt einzutreten – weltweit.

In diesem Sinne ist es wichtig, dass wir gemeinsam mit der Weltgemeinschaft verbrecherischen Regimen und Organisationen entschieden entgegentreten. Der Terror darf nicht gewinnen. Deswegen ist es richtig, dass wir in dieser Woche durch die Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte Verantwortung übernommen haben. Die internationale Hilfe hat dazu beigetragen, der Terrormiliz IS die hart umkämpfte Stadt Kobane wieder zu entreißen. Wie schon in der Region Kurdistan-Irak ist es gelungen, die Wucht des Angriffs der Islamisten zu brechen und sie aus erobertem Gebiet wieder zu verdrängen.

Mit Schrecken registrieren wir dagegen die neuen Gewaltexzesse in der Ostukraine. Alle, die vorschnell ein Ende der deutlich wirksamen Sanktionen gegen Russland fordern, müssen sich mit der unbestechlichen Lageanalyse der OSZE befassen. Die von Russland gedeckten und unterstützten Rebellen in der Ostukraine haben nicht nur die Friedensgespräche abgebrochen, sie sind auch für eine erneute Eskalation und Ausweitung der Kämpfe nach Mariupol verantwortlich. Sollte Präsident Putin dieser Eskalation keinen Einhalt gebieten, muss die Verschärfung der Sanktionen erwogen werden. Verantwortung heißt hier, dass wir beharrlich an einer Lösung arbeiten, die den Menschen in der Ukraine den Frieden zurückbringt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zu Recht eine friedlichen Lösung angemahnt und die Umsetzung der Minsker Vereinbarung vom September gefordert. Die Waffenruhe muss eingehalten und neue Eskalationen müssen vermieden werden. Hier ist – nicht nur, aber vor allem – Präsident Putin in der Verantwortung.

Von völlig anderer Art sind die Herausforderungen, die sich innerhalb der EU stellen. Denken wir nur an die geldpolitischen Beschlüsse der EZB oder der Schweizerischen Nationalbank. Und mit Blick nach Griechenland ist es schon erstaunlich, wie schnell sich linke Wahlsieger und rechte Populisten zu einer Regierung zusammenfinden. Ebenso erstaunlich ist es, wer bei uns in Deutschland diesen Wahl-

sieg bejubelt hat. Extreme des rechten und des linken Spektrums sind sich ganz offenbar doch näher, als viele wahr haben wollen.

Nach diesem Wahlsieg bleibt aber festzuhalten: Nicht die Troika, Brüssel oder Berlin sind schuld an der griechischen Misere, sondern das jahrzehntelange Versagen der Eliten Griechenlands. Es ist z.B. nicht die Schuld Deutschlands und der internationalen Geldgeber, dass es den Griechen bis auf den heutigen Tag nicht gelungen ist, ein funktionierendes Steuerwesen mit funktionierenden Finanzbehörden aufzubauen, dass die Lasten und Pflichten gerecht verteilt. Es nützt daher nichts, mit Hetzparolen von rechter und linker Seite gegen die EU, Deutschland im Allgemeinen und Angela Merkel im Besonderen von der eigenen Verantwortung ablenken zu wollen. Es ist ein völlig untauglicher Versuch, sich so den eingegangenen Verpflichtungen entziehen zu wollen. Die neue griechische Regierung ist genauso an die Verträge gebunden, die das Land mit seinen europäischen Partnern eingegangen ist, wie jede Vorgängerregierung auch. Das unterscheidet das heutige vom früheren Europa.

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland beschreibt der Jahreswirtschaftsbericht 2015 der Bundesregierung. Er umreißt die Grundlagen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in diesem Jahr. Wir können feststellen, dass unter der unionsgeführten Bundesregierung das deutsche Wirtschaftswachstum trotz der weiter schwelenden geopolitischen Risiken wieder an Dynamik gewinnt. Die entscheidenden Antriebskräfte sind ein starker Arbeitsmarkt und steigende verfügbare Einkommen. Mit 42,7 Millionen Erwerbstätigen im vergangenen Jahr hat Deutschland zum achten Mal in Folge einen neuen Beschäftigungsrekord erreicht – und die hohe Zahl offener Stellen weist auf weiter steigende Arbeitsnachfrage hin.

Wir müssen nun die gute wirtschaftliche Verfassung unseres Landes erhalten und möglichst weiter ausbauen. Es ist daher erfreulich, dass wir unseren Koalitionspartner auch mittelfristig von der schwarzen Null überzeugen konnten und auf dieser Grundlage nun über private und öffentliche Zukunftsinvestitionen sprechen können. Ebenso positiv ist es, dass unser Koalitionspartner inzwischen die Bedeutung von Strukturereformen in Deutschland und Europa anerkennt. Denn Investitionen können nur dann erfolgreich sein, wenn die unternehmerischen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stimmen. Vor diesen Hintergrund trägt der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht den Titel „Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft“.

Konsens konnte die Bundesregierung insbesondere darüber herstellen, eine mittelstandsfreundlich ausgestaltete Erbschaft- und Schenkungsteuer zu erhalten, die kalte Progression möglichst in dieser Wahlperiode zu mildern, mit einem Tarifneigungssetzungsgesetz Kollisionen der Tarifpartner aufzulösen. Außerdem sollen flexiblere Beschäftigungsoptionen im Alter geprüft werden, der Bürokratieabbau – insbesondere durch Einführung einer „One in-One out“-Regelung – vorangebracht werden und vor allem auch die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) erfolgreich abgeschlossen werden. Gepaart mit sinnvollen Zukunftsinvestitionen werden diese Maßnahmen nachhaltig zu Wachstum und Beschäftigung beitragen.

## Die Woche im Parlament

**Regierungserklärung durch den Bundesminister für Wirtschaft und Energie - Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft.** Der Vizekanzler hat in seiner Regierungserklärung den vom Kabinett beschlossenen Jahreswirtschaftsbericht 2015 der Bundesregierung erläutert. Die Bundesregierung stellt darin die gesamtwirtschaftlichen Orientierungsdaten für dieses Jahr zu Verfügung. Überdies stellt sie ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Themenschwerpunkte dar und nimmt zum Jahresgutachten 2014/2015 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Stellung.

**Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte.** Wir unterstützen den Antrag der Bundesregierung, erstmals eine Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung von irakischen Sicherheitskräften zuzulassen. Bei dem Einsatz sollen sowohl Kräfte der Region Kurdistan-Irak als auch die irakischen Streitkräfte berücksichtigt werden. Bis zu 100 Soldaten der Bundeswehr sollen zunächst bis zum 31.1.2016 eingesetzt werden können. Auf diese Weise trägt Deutschland effektiv zum Kampf gegen die Terrororganisation IS bei. Diese stellt nach einer Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit dar. Die Hilfe aus Deutschland ist gerade in der Region Kurdistan-Irak sehr gesucht und hochwillkommen. Sie ist eingebettet in ein umfassendes Programm zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zur humanitären Nothilfe und zur Ausrüstungshilfe. Die Abstimmung über das Mandat erfolgte namentlich.

**Fortsetzung der Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO auf Ersuchen der Türkei und auf Grundlage des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung (Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen) sowie des Beschlusses des Nordatlantikrates vom 4. Dezember 2012.** Angesichts des eskalierenden Bürgerkrieges und der zunehmenden Bedrohung durch die Terrororganisation IS besteht weiter das Risiko, dass der Konflikt in Syrien auf die benachbarte Türkei ausgreift. Zwar ist die Bedrohung durch ballistische Kurzstreckenraketen nach der Vernichtung des syrischen Chemiewaffenpotentials gesunken, diese Raketen können aber weiterhin nahezu das gesamte türkische Staatsgebiet erreichen. Da die Türkei selbst keine Systeme zur Abwehr ballistischer Raketen hat, leistet die Bundeswehr im Rahmen der kollektiven Selbstverteidigung weiterhin einen wichtigen Dienst in der NATO-Mission „active fence“. Wir haben daher der Verlängerung des deutschen Beitrags in dieser Mission, für den bis zu 400 Soldaten eingesetzt werden können, in namentlicher Abstimmung zugestimmt.

**Drittes Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes.** Mit dem Gesetzentwurf, der die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs betrifft, haben wir die bisherige Regelung bei der Dynamisierung der Bundesmittel um ein Jahr fortgeschrieben. 1,5 Prozent bzw. 109 Mio. Euro stehen dafür zu Verfügung. Weitergehende Wünsche der Länder werden im Rahmen der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu diskutieren sein.

**Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr (Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetz – BwAttraktStG).** Der Gesetzesentwurf, den wir in 1. Lesung beraten haben, sieht 22 konkrete Einzelmaßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr vor. Drei Kernbereiche der Streitkräfte sind hiervon berührt: bessere Arbeitsbedingungen sowie die Vergütung und die sozialen Absicherung. So wollen wir sicherstellen, dass der Dienst in unseren Streitkräften weiterhin eine ausreichende Anzahl von Bewerbern anspricht.

**Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.** Mit dem Gesetzentwurf, der in die 1. Lesung ging, setzen wir die im Koalitionsvertrag vereinbarte Regelung um. In diesem Zusammenhang debattierten wir zudem den Zweiten Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum Bundesgleichstellungsgesetz (Berichtszeitraum: 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2009) und den Fünften Gremienbericht der Bundesregierung zum Bundesgremienbesetzungsgesetz (Berichtszeitraum: 30. Juni 2005 bis 30. Juni 2009). Beide Berichte weisen den noch immer zu geringen Frauenanteil insbesondere in höheren Führungspositionen der Bundesverwaltung wie auch in den durch die Bundesregierung zu besetzenden Gremien auf.

**Gesetz zur Änderung des Personalausweisgesetzes zur Einführung eines Ersatz-Personalausweises und zur Änderung des Passgesetzes.** Wir schaffen die Voraussetzung dafür, dass Personen, denen die Ausreise aus Deutschland untersagt ist, auch tatsächlich nicht ausreisen können. Neben dem Entzug des Reisepasses kann ihnen damit auch ein Ersatz-Personalausweis ausgestellt werden, der ein Verlassen Deutschlands nicht erlaubt.

**Aufarbeitung von sexuellem Kindesmissbrauch sicherstellen.** Anlässlich des fünften Jahrestages der Aufdeckung des sexuellen Missbrauchs am Berliner Canisius-Kolleg haben wir die Notwendigkeit unterstrichen, alle Fälle sexuellen Missbrauchs, insbesondere an Kindern und Jugendlichen, aufzuklären und aufzuarbeiten. Das Canisius-Kolleg, an dem ein engagierter Rektor vorbehaltlos zur Aufarbeitung beigetragen hat, ist hier vorbildlich. Wir debattierten dabei die Sicherstellung der Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch durch eine Kommission beim Unabhängigen Beauftragten für sexuellen Kindesmissbrauch im Deutschen Bundestag.

## Daten und Fakten

**Preise für landwirtschaftliche Flächen steigen.** Die Kaufpreise für landwirtschaftlich genutzte Flächen in Deutschland sind zwischen den Jahren 2000 und 2013 um durchschnittlich 80% gestiegen. Grund hierfür sind laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vor allem die besseren Verdienstaussichten für Landwirte. Der Gewinn eines deutschen Haupterwerbsbetriebs stieg demnach von 593 Euro pro Hektar in den Jahren 2001/2002 auf etwa 839 Euro pro Hektar in den Jahren 2012/2013. Anzeichen für auf Spekulationen beruhende Preisblasen fanden die Forscher nicht. Laut DIW erschweren hohe Bodenpreise einerseits den Flächenerwerb für expandierende Betriebe, bieten jedoch gleichzeitig gute Sicherheiten zur Kreditaufnahme für Investitionen. Rund die Hälfte der deutschen Bodenfläche wird für die landwirtschaftliche Produktion genutzt, jedoch schrumpfte dieser Anteil im Jahr 2013 pro Tag um etwa 80 Hektar. Gleichzeitig werden die landwirtschaftlichen Betriebe immer größer: Wurden pro Betrieb im Jahr 1999 noch durchschnittlich etwa 40 Hektar bewirtschaftet, waren es im Jahr 2013 bereits 59 Hektar.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

**Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe gestiegen.** Der Bund sowie die Länder und ihre Gemeinden haben im Jahr 2013 insgesamt rund 35,5 Mrd. Euro für Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. Das sind rund 10% mehr als 2012. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von etwa 2,7 Mrd. Euro – u.a. aus Gebühren und Teilnahmebeiträgen – wendete die öffentliche Hand netto rund 32,8 Mrd. Euro auf. Gegenüber 2012 entsprach das ebenfalls einer Steigerung von rund 10%. Der größte Teil der Ausgaben (65%) entfiel mit rund 23 Mrd. Euro auf die Kindertagesbetreuung. Das waren 13% mehr als 2012. Rund ein Viertel der Ausgaben – insgesamt mehr als 8,7 Mrd. Euro – wendeten die öffentlichen Träger für Hilfen zur Erziehung auf. Davon entfielen etwa 4,7 Mrd. Euro auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder anderer betreuter Wohnform. Knapp 5% der Gesamtausgaben (rund 1,7 Mrd. Euro) wurden in Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendarbeit investiert, zum Beispiel in außerschulische Jugendbildung, Kinder- und Jugendberufshilfe oder Jugendzentren.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

**CDU/CSU** Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Dr. Mathias Middelberg MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: [stefan.krueppel@cdcu.de](mailto:stefan.krueppel@cdcu.de)

Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.